

# Vorlage wird von den Gewerblern nicht mitgetragen

**Schweizer Männer sollen zwei Wochen bezahlte Auszeit erhalten, wenn sie Vater werden – so hat es das Parlament entschieden. Die Vorlage ist nicht unumstritten. Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbands sagt klar nein.**

Mi. Die Schweiz soll einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub erhalten. Das haben National- und Ständerat im Herbst 2019 mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Die Räte reagierten mit der Vorlage auf eine Volksinitiative, welche einen Vaterschaftsurlaub von vier (statt zwei) Wochen verlangt hatte. Die Initiative wurde nach dem Beschluss des Parlaments zurückgezogen. Die vierzehntägige Vaterzeit kann innert sechs Monaten nach der Geburt bezogen werden, wochen- oder tageweise. Sie wird über die Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigt, also überwiegend mit Beiträgen der Erwerbstätigen und der Arbeitgeber. Das Bundesamt für Sozialversicherungen schätzt die Kosten auf rund 230 Millionen Franken im Jahr. Bezahlt werden 80 Prozent des Bruttoeinkommens. Die Lohnabzüge für die EO werden um 0,05 Prozentpunkte erhöht.

## Populäre Forderung bekämpfen

Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbands hat die Nein-Parole gefasst und lehnt den Vaterschaftsurlaub ab. Er ist der Auffassung, dass dies Sache der Sozialpartner ist und will nicht, dass dieser Urlaub als neues staatliches Institut in Kraft tritt. Die Gründe dafür sind gut, aber nicht beliebt: «Papi-Zeit» klingt populär, im Gegensatz zur Selbstverantwortung ist die Idee einer staatlichen Vollkasko-Versicherung in Mode, Umfragen lassen breite Sympathien vermuten, und im Parlament war nur die SVP gegen die Vorlage. Doch zum Selbstläufer wird sie nicht für die Befürworter. Deshalb soll die Schweiz mitten in der grossen Corona-Wirtschaftskrise einen neuen lang-



fristigen Sozialausbau beschliessen, der nichts mit den Krisenopfern zu tun hat?

## Eine Milliarde Franken ist zu viel

Die Befürworter lassen gebetsmühlenartig verlauten, die Zusatzkosten seien bei einem mittleren Schweizer Jahreslohn (knapp 80 000 Franken) mit rund 50 Franken marginal, aber das Gleiche gilt für den Nutzen des Urlaubs. Bei den zwei Wochen wird es nämlich mit Sicherheit nicht bleiben. Ist eine neue Sozialleistung beschliessen, wird sie erfahrungsgemäss nur in eine Richtung revidiert – nach oben. Forderungen nach weit längeren bezahlten Elternurlaube von 20, 30 oder noch mehr Wochen sind schon lange im Köcher der Sozial- und Familienpolitiker. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Parlamentsbeschlüsse oder eine Volksinitiative zum Ausbau vorliegen. Zudem unterschlagen die Befürworter die indirekten Kosten zusätzlicher Urlaubstage, die gemäss einer von der Verwaltung in

Auftrag gegebenen Studie das Doppelte bis Vierfache betragen. Am 27. September stimmen wir bei korrekter Betrachtung über einen Sozialausbau ab, der bis zu einer Milliarde Franken kosten wird. Dies ist für die Betriebe und die Mehrheit der Erwerbstätigen nicht mehr verkraftbar. Gerade auch während und nach der Coronakrise!

## Bundesrat als Wendehals

Kein Ruhmesblatt ist der Vaterschaftsurlaub für den die Vorlage befürwortenden Bundesrat, sind wir doch von ihm windmühlenartiges Verhalten nicht gewohnt. In seinem Bericht vom 23. Mai 2019 hält er noch fest, dass er «individuelle Lösungen in Gesamtarbeitsverträgen und auf Betriebsebene für flexibler als einen gesetzlich verankerten Vaterschaftsurlaub» hält. Folgerichtig sprach sich unsere Landesregierung vor einem Jahr noch klar gegen die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs aus. Derartige Schlingenzüge kommen beim Gewerbe schlecht an. Der BGV jedenfalls lehnt die Vorlage ab.

**«Die indirekten Kosten zusätzlicher Urlaubstage werden unterschlagen»**

